Mareike Schmidt, Tatjana Mögling,
Deutsches Jugendinstitut e.V.

Das Bundesmodellprogramm „Strukturschwache ländliche Regionen – Netzwerke und Ehrenamt“[1]

Das Bundesmodellprogramm „Strukturschwache ländliche Regionen – Netzwerke und Ehrenamt“ war Teil der Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Das E&C-Programm wurde in enger Verknüpfung zum Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf – Die Soziale Stadt“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen konzipiert. Da das Modellprogramm „Netzwerke und Ehrenamt“ sich auf strukturschwache ländliche Regionen konzentrierte und somit nicht an die Auswahl von Stadtteilen aus dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ gekoppelt war, nahm es im Rahmen des Bundesprogramms E&C insofern eine Sonderstellung ein. Das BMFSFJ betonte damit, dass es neben den städtischen sozialen Brennpunkten auch einen Entwicklungs- und Förderbedarf im ländlichen Raum gibt.

Bis Ende 2000 hatten die Bundesländer in Zusammenarbeit mit dem BMFSFJ 13 Landkreise ausgewählt und benannt. Es handelte sich dabei um je einen Landkreis pro Flächenland im Bundesgebiet. Als Hauptkriterium für die Auswahl der Landkreise diente die Strukturschwäche der entsprechenden ländlichen Region. Ursprünglich sah das Konzept des Programmbausteins „Netzwerke und Ehrenamt“ vor „... in den 13 ausgewählten Landkreisen Kontakt-/Beratungs-/Organisationsbüros zu schaffen und zu finanzieren, die dann ihrerseits ehrenamtliches Engagement engagierter Bürgerinnen und Bürger organisieren und professionell begleiten“[2] sollten. Da vor allem in den östlichen Bundesländern der Bereich der Jugendarbeit zum Start des Modellprogramms einerseits stark geprägt war durch die ABM/SAM-Tradition und andererseits bereits zu diesem Zeitpunkt ein starker Abbau der fast zur Gewohnheit gewordenen ABM/SAM-Förderung durch die Bundesanstalt für Arbeit stattfand, erschien es im Bereich des Ehrenamtes unabdingbar, ohne Förderung von Personalkosten Strukturen zu finden, die trotzdem nachhaltig wirken können. Dies wurde bei der gemeinsamen Entwicklung einer Rahmenkonzeption im September 2000 berücksichtigt und der Programmbaustein „Netzwerke und Ehrenamt“ wies damit zwei Besonderheiten auf, die ihn von anderen Bundesmodellprogrammen unterschieden. Erstens war die fachliche Steuerung des Bundesmodellprogramms zum ersten Mal bei einem Amt – dem Jugendamt – angesiedelt. Und zweitens erfolgte die Förderung des ehrenamtlichen Engagements in Form von Sachmitteln, das heißt nicht über für drei Jahre fest installierte Modellprojekte mit hauptamtlichen Mitarbeitern/innen, also keine Personal- und Honorarkosten. Den Landkreisen standen in der Laufzeit von 2001 bis 2003 jährlich 65.000 DM bzw. ab 2002 33.234 Euro zu Verfügung.

In der Rahmenkonzeption des E&C-Programmbausteins „Netzwerke und Ehrenamt“ wurden die folgenden fünf Leitziele formuliert:

1. Generell sollte das bürgerschaftliche Engagement in strukturschwachen ländlichen Regionen gestärkt werden.
2. Dafür sollten vorhandene Strukturen in der Region mobilisiert und kooperative Netze entwickelt werden, in denen sich bisher nicht erreichte Jugendliche (ehrenamtlich) engagieren können.
3. Es sollten Angebote für bisher nicht erreichte Jugendliche und mit bisher nicht erreichten Jugendlichen geschaffen werden, in denen sie ihre Kompetenzen stärken, entwickeln bzw. neue erwerben können.
4. Ein weiteres Anliegen war die Entwicklung und Erprobung neuer Formen der Anerkennung ehrenamtlichen Engagements.
5. Diese Maßnahmen sollten insgesamt einen Beitrag zur Entwicklung regionaler Identitäten bzw. zur Stärkung des Gemeinwesens leisten.

Das Modellprogramm richtete sich laut Rahmenkonzeption in erster Linie an alle mit den Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe bisher nicht erreichten Jugendlichen und fokussierte die Förderung des ehrenamtlichen Engagements von und für Kinder und Jugendliche sowie die Entwicklung, Förderung und den Ausbau bürgerschaftlicher bzw. ehrenamtlicher Netzwerke mit und für bisher nicht erreichte Jugendliche und zwar zusätzlich zur bestehenden offenen und verbandlichen Jugendarbeit.

Auf der Grundlage der Rahmenkonzeption, die im Fördervertrag verankert war, oblag den Landkreisen nunmehr die Entwicklung eines für sie maßgeschneiderten Konzeptes zur Förderung ehrenamtlichen Engagements bzw. von Ehrenamtstrukturen von und für bisher nicht erreichte Kinder und Jugendliche, das dann durch einen dreijährigen Aktionsplan umgesetzt werden sollte.

Zu den Ressourcen der Landkreise, die ihnen

zur Umsetzung ihrer konzeptionellen Ziele zur Verfügung standen, zählten:

- der zeitliche Rahmen (also die Laufzeit des Programms),
- die finanzielle Ausstattung.
- Des Weiteren zählten dazu die Ausgangssituation der Landkreise, die unter objektiven (soziostrukturellen Daten der Landkreise wie Bevölkerungs-, Siedlungs-/ Wohn- und Vereins-/Verbandsstrukturen) und subjektiven Aspekten betrachtet wurde. Unter subjektiven Aspekten wurden die bei der ersten Befragung von den Koordinatoren/innen getroffenen Aussagen zu der Situation der Kinder und Jugendlichen im Landkreis gefasst. Dazu zählten Aussagen zu den allgemeinen Lebensbedingungen, den Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung/vorhandenen Freizeitangeboten und des Vorhandenseins von Problemgruppen und zur Situation des Ehrenamtes vor Programmstart.

Zusammenfassend kann zur Ausgangssituation der Landkreise festhalten werden,

- dass bezüglich der allgemeinen regionalen Gegebenheiten die größten Unterschiede zwischen den Landkreisen im Osten und Westen Deutschlands in Bezug auf Bevölkerungsstrukturen, -dichten und -wanderungen (Bevölkerungsveränderungen), Arbeitslosenzahlen sowie Siedlungs- und Wohnstrukturen bestehen: Die ostdeutschen Landkreise haben einen geringeren Anteil der Kinder im Alter von 0-6 Jahren, einen höheren Anteil der 15-25-jährigen sowie der 40- bis 50-jährigen Bevölkerung, geringere Bevölkerungsdichten, weniger ländlich geprägte Siedlungsstruktur, mehr Fortzüge als Zuzüge (Bevölkerungsabnahme / Gestorbenenüberschüsse) und eine höhere Arbeitslosigkeit. Es sind kaum maßgebende und eindeutige Unterschiede zwischen nördlichen und südlichen Landkreisen erkennbar und es bestehen Gemeinsamkeiten zwischen den Landkreisen bezogen auf die demographische Entwicklung und Bevölkerungsverteilung (allgemeine Bevölkerungsabnahme und Überalterung, geringe Bevölkerungsdichte, geringer Ausländeranteil).
- dass bezüglich der allgemeinen Lebensbedingungen sich (im Vergleich zu städtischen Gebieten) eine Benachteiligung der Kinder und Jugendlichen in den Landkreisen nicht nur im Freizeitbereich, sondern auch im Bereich der schulischen und beruflichen Entwicklung abzeichnet.
- dass bezüglich des Ehrenamtes auf der strukturellen Ebene eine Vielzahl von Angeboten vorhanden sind, in denen sich auch Jugendliche engagieren können, aber hauptsächlich im klassischen Bereich wie Feuerwehr-, Sport-, Kirchenverein usw. Dabei gibt es einen Unterschied zwischen west- und ostdeutschen Landkreisen: Im Westen sind die ehrenamtlichen Strukturen über Jahrzehnte gewachsen und gefestigt. Im Osten dagegen gibt es keine traditionellen Bindungen und kein ausgeprägtes Ehrenamt. Zusätzlich wurde hier nach der Wende der Erhalt bzw. der Aufbau von Ehrenamt durch die Arbeitsamtsförderung (ABM/SAM) blockiert. Auf der personellen Ebene gibt es nach wie vor ein hohes Potenzial an ehrenamtlichem Engagement. Gleichzeitig wird aber ein Wandel im ehrenamtlichen Engagement konstatiert wie z.B. gewandelte Verantwortungsbereitschaft, gewandelte Zeitressourcen, verändertes Freizeitverhalten, stärkere rechtliche Absicherung.

Des Weiteren zählte zu den Ressourcen der Landkreise die personelle Ausstattung. Durch die Anbindung der fachlichen Steuerung des Programms an das Jugendamt wurde die zu den personellen Ressourcen zählende Qualifikation der Fachkräfte, die an der Auswahl und Gestaltung der Programmaktivitäten partizipierten, in gewisser Weise institutionalisiert. Egal wer im Jugendamt letztendlich mit der Aufgabe der Koordination des Programms betraut wurde, konnte sowohl auf die vielfältigen und umfangreichen amtsinternen und ämterübergreifenden Strukturen und Statistiken und somit auch Fachwissen zurückgreifen wie auch die Kooperations- / Arbeitsbeziehungen zu anderen regionalen Institutionen und Einrichtungen nutzen. Nichtsdestotrotz nahmen die Koordinatoren/innen eine Schlüsselfunktion während der Programmumsetzung ein. Um das Programm „Netzwerke und Ehrenamt“ in all seinen Dimensionen verstehen zu können, war in der Startphase des Programms der Informationsgrad der Koordinatoren/innen ausschlaggebend. Positiv wirkten sich die Einrichtung der Regiestelle E&C, das stattgefundene Werkstattgespräch als Auftaktveranstaltung und der langsam einsetzende Erfahrungsaustausch zwischen den Landkreisen aus. Bedeutsam für den Prozess der Umsetzung der Programmidee auf Landkreisebene war schließlich, wie die Koordinatoren/innen ihre Aufgaben darin definierten. Die Aufgaben der Koordinatoren/innen gestalteten sich im Programmverlauf als vielfältiges, komplexes Bündel, wobei je nach Stand des Umsetzungsprozesses jeweils andere Aufgabenschwerpunkte überwogen. Zu den genannten Aufgabenschwerpunkten gehörten a) die Konzeptentwicklung, b) das PR-Management, c) die Koordination und d) die Praxis- bzw. Projektbegleitung. Diese Arbeit stellte

für die Koordinatoren/innen eine zusätzliche Aufgabe dar, die sie in ihre alltägliche Arbeit einbinden mussten. Die anfänglich bestehende Gefahr der Überlastung bzw. die Gefahr einer geringeren Intensität der Programmumsetzung konnten im weiteren Programmverlauf durch das Hinzuziehen kompetenter und verlässlicher Partner/innen von den Koordinatoren/innen bewältigt werden.

Die Unterschiede zwischen den Landkreisen auf der Outputebene der Programmaktivitäten, d.h. der Konzeptionen und geförderten Praxisprojekte, lassen sich zum einen auf die Ressourcen der Landkreise zurückführen und zum anderen auf die Verschiedenheit der Abläufe vor Ort, d.h. der für jeden Landkreis spezifischen Art und Weise der Programmumsetzung. Dabei erfolgte die Umsetzung des Programmbausteins „Netzwerke und Ehrenamt" auf Landkreisebene in zwei Stufen:

Zunächst ging es um die Entwicklung von Konzeptionen zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements durch die beteiligten 13 Landkreise (Stufe 1 / Konzeptionierungsphase). Auf der Basis dieser Konzeptionen wurden dann bestehende Praxisprojekte gefördert bzw. es wurden neue Praxisformen in den Landkreisen erprobt, die in besonderer Weise bisher nicht erreichte Jugendliche ermuntern, unterstützen bzw. qualifizieren sollten, sich bürgerschaftlich bzw. ehrenamtlich im Gemeinwesen zu engagieren (Stufe 2).

Für die Entwicklung der Konzeptionen konnten folgende Schritte rekonstruiert werden:

- die Beschaffung von zusätzlichen Informationen (Sichten von Unterlagen, Internet, Auftaktveranstaltung in Berlin),
- die Ermittlung des Ist-Zustandes in den beteiligten Landkreisen, also die Ermittlung der regionalen Ausgangsbedingungen bezogen auf die Programmschwerpunkte Jugendarbeit, Vernetzung und Ehrenamt und
- die Ermittlung des konkreten Handlungsbedarfes hinsichtlich einer als unbefriedigend bzw. problematisch empfundenen Situation im ehrenamtlichen Bereich, der auf Landkreisebene mit dem Programm „Netzwerke und Ehrenamt" aufgegriffen werden sollte.

So wurde anhand der zur Verfügung stehenden Informationen aus den Recherchen im Rahmen der Ermittlung des Ist-Zustands direkt der Handlungsbedarf im Landkreis abgeleitet. Dort, wo die Kenntnisse über bestehende Ehrenamtsstrukturen nicht vollständig waren, wurden zusätzlich Recherchen, z.B. eine Sozialraumanalyse durchgeführt. Diese legten in den meisten Landkreisen einen schlechten Versorgungsgrad mit Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit bzw. die schwierige Erreichbarkeit zentraler Angebote der Kinder- und Jugendarbeit offen. Die Erschließung dieser „weißen Flecken" war ein weiterer Schwerpunkt bei der Konzeptgenerierung.

Zusammenfassend wurde zu folgenden Kernproblemen ein Handlungsbedarf festgestellt:

- der Rückgang von ABM/SAM: Dabei handelte es sich in erster Linie um ein ostspezifisches Problem. Durch den Wegfall von ABM/SAM drohten vorhandene Angebote der Kinder- und Jugendarbeit wegzubrechen.
- die enge Finanzsituation vieler Gemeinden: Viele ehrenamtlich getragene kleine Projekte bzw. Initiativen, deren Anzahl vielerorts stieg, konnten bis dahin nur unzureichend oder gar nicht gefördert werden.
- die „weißen Flecken" im Landkreis: Die Versorgung mit Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit war innerhalb der Landkreise sehr unterschiedlich, es gab viele (kleine) Ortschaften ohne entsprechende Angebote.
- der erschwerte Zugang zu vorhandenen Angeboten – sowohl der freien Träger als auch der kommerziellen Einrichtungen – aufgrund der Größe des Landkreises bzw. einer fehlenden oder schlechten Verkehrsanbindung.
- die (fehlende) Integration von Migranten/innen bzw. Aussiedler/innen im Landkreis.

Mit der Eingrenzung eines konkreten Handlungsbedarfs im Landkreis war bereits die erste Entscheidung über die inhaltliche Ausrichtung der Konzeption gefallen. Aufgabe war dann das Entwickeln von geeigneten Lösungsansätzen. In den Landkreisen wurden dafür in der Regel Arbeitsgruppen gebildet. Die Konzeptionen der Landkreise wurden aber nicht nur auf der Basis unterschiedlicher Voraussetzungen und in unterschiedlichen Arbeitsgruppen, sondern auch auf unterschiedlichen Wegen erarbeitet. Es lassen sich fünf Typen (Vorgehensweisen) anhand der Anzahl ihrer Mitglieder und dem Grad ihrer Öffnung zu anderen lokalen Einrichtungen unterscheiden:

- So wurden in einem Landkreis die Gemeinden angeschrieben und aus dem angemeldeten Bedarf die Konzeption des Landkreises erstellt.
- In den meisten Landkreisen ist das Konzept ausschließlich jugendamtsintern entwickelt worden – als ein Produkt des Teams aller Mitarbeiter/innen des SG Jugendförderung bzw. des Jugendamtes.
- In einem anderen Landkreis entstanden erste Überlegungen jugendamtsintern im Rahmen eines Workshops mit den Mitarbeitern/innen des Bereichs Jugendförderung. Diese wurden dann zusätzlich den regiona-

len Arbeitsgemeinschaften nach §78 KJHG vorgestellt und gemeinsam ein Ideeblatt entwickelt.
- In einigen Landkreisen wurden die freien Träger und Verbände beteiligt und bspw. ein Forum Jugendarbeit mit verschiedenen Arbeitsgruppen gegründet.
- Nur in wenigen Fällen fand bereits in der Phase der Konzeptentwicklung eine breite Öffnung hin zu anderen lokalen Einrichtungen statt und ermöglichte diesen eine Partizipation an der Konzeptentwicklung. Beispielsweise wurde in einem Landkreis eine Grobkonzeption im Rahmen einer Zukunftsplanungskonferenz unter externer Moderation erarbeitet.

Schlussfolgernd waren für die Konzepterstellung auf Landkreisebene die folgenden Schritte notwendig: die Beschaffung von zusätzlichen Informationen zum Programm, die Ermittlung des Ist-Zustands, die Ermittlung des konkreten Handlungsbedarfs und das Entwickeln von geeigneten Lösungsansätzen sowie die Konzeptgenerierung selbst, auf deren Inhalte noch eingegangen wird.

Mit den erarbeiteten Konzeptionen sollten:
- bisher nicht erreichte Jugendliche,
- bereits ehrenamtlich engagierte Jugendliche,
- benachteiligte Jugendliche,
- im Bereich der Jugendarbeit ehrenamtlich engagierte Erwachsene sowie
- Erwachsene, die Projekte von ehrenamtlich engagierten Jugendlichen unterstützten,

erreicht werden.

Es kann festgehalten werden, dass bereits durch die Konzeptionierungsphase in den Landkreisen insgesamt eine größere Transparenz ehrenamtlicher Strukturen und allgemein eine positive Bewegung im Bereich des ehrenamtlichen Engagements erreicht wurde. Das bedeutete eine Sensibilisierung für das Thema Ehrenamt bzw. freiwilliges Engagement in den jeweiligen Landkreisen.

In der Umsetzungsphase der Landkreiskonzeptionen waren die folgenden Schritte maßgeblich:
- die Informationsweitergabe (über Gemeinden / freie Träger, Strukturen des Jugendamtes, Ausschreibung, Zukunftsplanungskonferenz),
- die Projektauswahl (über Koordinatoren/innen oder gegründete Auswahlkommissionen)
- Die Auswahlkriterien lehnten sich an die inhaltlichen Schwerpunkte der Konzeption des jeweiligen Landkreises an und stellten somit eine Konkretisierung bzw. lokale Eingrenzung des ermittelten konkreten Handlungsbedarfes im Landkreis dar.
- sowie die (punktuelle) Projektbegleitung.

Die während der 3-jährigen Laufzeit im Bundesmodellprogramm „Netzwerke und Ehrenamt“ geförderten 219 Praxisprojekte lassen sich, den konzeptionellen Zielen der Landkreise folgend, unterschiedlichen Handlungsweisen zur Förderung von Ehrenamtlichen bzw. von Ehrenamtsstrukturen zuordnen. Der Begriff Handlungsweisen wird dabei als Bindeglied konzeptioneller Strategien und freiwilliger Maßnahmen zur Förderung des Ehrenamtes im Landkreis verstanden. Denn es wurden zum einen zielgerichtet regionale Strukturen unterstützt, in denen Kinder und Jugendliche in einem „geschützten Rahmen“ (im Sinne der Verantwortungspartizipation Erwachsener) ehrenamtliches Engagement über einen längeren Zeitraum erproben und die eigene Interessenvertretung über Partizipation an entscheidungsrelevanten Prozessen vor Ort erlernen konnten. Dabei handelte es sich sowohl um vorhandene Strukturen in Form einer Stärkung bzw. eines Ausbaus bestehender Angebote traditioneller und erfahrener Träger (Kirchen, Vereine/Verbände, Feuerwehren etc.) wie um die Schaffung neuer Angebote, die auf eine Hilfe zur Selbsthilfe ausgerichtet waren und von Initiativen/Interessengemeinschaften getragen wurden bzw. bei denen sich neue Strukturen erst etablieren mussten (z.B. Aufbau von Club-/Hausbeiräten, Gründung eines Vereins). Konzeptionell wurde damit die Strategie verfolgt, über einen niedrigschwelligen Förderansatz und über die Gewinnung neuer Ehrenamtlicher das Fundament der im Landkreis ehrenamtlich getragenen Angebotsbereiche der Kinder- und Jugendarbeit zu erneuern, also nachhaltig auszubauen bzw. deren Arbeit längerfristig zu sichern. Zur Gewinnung von bisher nicht erreichten Jugendlichen zählten dabei:
- Jugendliche, die sich nur in einem begrenzten und überschaubaren Zeitraum engagieren wollten
- Jugendliche, die sich nicht an die im Landkreis bestehenden Strukturen binden wollten
- Jugendliche ohne Vereins- und Verbandserfahrungen und
- bisher in den Ehrenamtsstrukturen unterrepräsentierte Jugendliche (Mädchen, Migranten/innen bzw. Aussiedler/innen).

Zum anderen wurden Projektansätze gefördert, die auf eine Optimierung der Rahmenbedingungen ehrenamtlichen Engagements zielten, also im Sinne einer freiwilligen Maßnahme landkreisübergreifender Kooperationen bedurften. Dazu zählten:
- Projekte, die auf die Ausbildung von Multiplikatoren/innen für die Arbeit mit (ehrenamtlichen) Kindern und Jugendlichen bzw.

auf die Qualifizierung von Ehrenamtlichen selbst gerichtet waren;

- Projekte, die über öffentlichkeitswirksame Aktionen zur Anerkennung bzw. durch konkrete Vergünstigungen für Ehrenamtliche zur Honorierung ehrenamtlichen Engagements beitrugen;
- Projekte, die über eine Bündelung und Standardisierung vorhandener Ressourcen insgesamt eine Stärkung der regionalen und überregionalen Netzwerkarbeit im Bereich des Ehrenamtes und darüber hinaus verfolgten.

Betrachtet man die Praxisprojekte im Blickpunkt der Handlungsfelder ehrenamtlichen Engagements, wurden insgesamt 194 Praxisprojekte zur Stärkung vorhandener und Unterstützung neuer Angebote gefördert. Davon waren 94 Prozent im Bereich der offenen Jugendarbeit (Vereins-/Verbandsarbeit und Feuerwehr, Rettungswesen und Katastrophenschutz, Sport- und Kulturarbeit, Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit, Jugendraum/treff, Kinderbetreuung, Mobile Angebote, Politische Bildung und Internationale Jugendarbeit) angesiedelt und 6 Prozent im Bereich der Jugendsozialarbeit (Jugendberufshilfe, Integration von Migranten/innen bzw. Aussiedlern/innen, geschlechtsspezifische Sozialarbeit).

Im Folgenden werden allgemeine Schlussfolgerungen gezogen, die zur Sicherung und Verstetigung der während der 3-jährigen Programmlaufzeit in den Modellstandorten erprobten Ansätze zur Förderung ehrenamtlichen Engagements bzw. ehrenamtlicher Strukturen beitragen. Sie basieren auf den im Programmbaustein „Strukturschwache ländliche Regionen – Netzwerke und Ehrenamt“ gewonnenen Erkenntnissen der Koordinatoren/innen im jeweiligen Landkreis, die durch ihre professionellen Erfahrungen in der Kinder- und Jugendarbeit empirisch unterfüttert werden:

- Es sollten Möglichkeiten professioneller Hilfe sichergestellt werden im Sinne eines Zusammenspiels von ehrenamtlichem Engagement mit hauptamtlicher Betreuung im Hintergrund oder in Teamarbeit.
- Die Programmidee bzw. -erfahrungen in den einzelnen Gemeinden, aber auch in der Bevölkerung und im Landkreisgebiet allgemein sollten durch öffentlichkeitswirksames Transportieren der Erfolge (über Presse, Gremienarbeit, öffentliche Anerkennung, auch auf politischer Ebene) gefestigt werden.
- Auf politischer Ebene sollte allgemein die Notwendigkeit der Förderung ehrenamtlichen Engagements über die Programmlaufzeit hinaus internalisiert werden, so dass einerseits die Erfolgsmerkmale der Bundesförderung (Anschubfinanzierung im Sinne Impulsgebung, Schneeballverfahren) in Gemeinde- und Landkreisfördermöglichkeiten überführt werden können und andererseits auch für Hauptamtliche eine Legitimationsgrundlage für das Verantwortlich zeichnen für ehrenamtlich getragene Projekte geschaffen wird.
- Es sollte eine Vernetzung der E&C-Projekte untereinander und deren Ein- in bzw. Anbindung an bestehende Kooperationsstrukturen (bspw. Kreisjugendring) ermöglicht werden.

Aus der Sicht der wissenschaftlichen Programmbegleitung erwies sich die Anbindung der Programmkoordination an das Jugendamt insgesamt als positiv:

- Erstens vertrat das Jugendamt als Fachbehörde im Vergleich zu bspw. einem „lokalen“ Dachverband einen umfassenderen Ansatz, verfügte über eine Gesamtsicht bzw. den notwendigen Überblick, um Fördermittel an jene gezielt weiterzuleiten, die, aus welchen Gründen auch immer, mit den im Landkreis bestehenden Förderrichtlinien nicht erreicht werden konnten bzw. bei denen die Hemmschwelle der Antragstellung zu groß war.
- Zweitens war dank des „Neutralitätsstatus“ im Unterschied zu einem regionalen, freien Träger eine Global-Streuung der Programmvorhaben möglich gewesen.
- Drittens stellte sich im Gegensatz zu allen anderen für die Koordinationsaufgaben in Frage kommenden Ämtern die Zweigliedrigkeit des Jugendamtes – Jugendhilfeausschuss und Verwaltung – als wichtiger Vorteil heraus. Sie erleichterte unter anderem die lokale Politik der Koordinatoren/innen, indem die „politischen Vertreter/innen“ als beratende Mitglieder in das Programm eingebunden werden konnten und ermöglichte so eine qualitativ hochwertigere und legitimierte fachliche Steuerung des Programms auf Landkreisebene.
- Viertens sind die Mitarbeiter/innen des Jugendamtes (Koordinatoren/innen, Jugendpfleger/innen etc.) in den Gemeinden bzw. im Gemeinwesen allgemein anerkannte Personen und es entstand dadurch die Möglichkeit, die Beziehungsarbeit zwischen den losen Gruppen/Interessengemeinschaften bzw. Jugendlichen und gemeinderelevanten Vertretern/innen neutral / mediativ zu organisieren und die Projektarbeit fachlich fundiert zu begleiten.
- Und fünftens war die Optimierung bestehender Ressourcen bzw. ressourcenschaffende Maßnahmen für die erfolgreiche Umsetzung des Programms vor Ort durch die

Anbindung der fachlichen Steuerung an das Jugendamt eine kommunale Aufgabe (Verantwortung) und stellte für das Jugendamt eine Herausforderung dar. Durch die Anbindung der fachlichen Steuerung an das Jugendamt ergaben sich in einigen Landkreisen sowohl Impulse innerhalb der Organisationsstruktur des Jugendamtes (z.B. Funktionszuschreibung bzw. -erweiterung) wie auch Synergieeffekte auf Landkreisebene, hauptsächlich im Auf- und Ausbau kooperativer Netze.

Fazit

Die Sachkostenförderung ermöglichte eine hohe Flexibilität der Unterstützungsvarianten und führte zu einer breiten Streuung der Projekte. Das offene Verfahren (Förderung über drei Jahre und Entscheidungsautonomie) ermöglichte die Berücksichtigung der lokalen Besonderheiten. So wurden für die Landkreise neue Formen ehrenamtlichen Engagements auf der Grundlage bestehender Strukturen erschlossen. Die Ergebnisse zeigen, dass die vorhandenen konzeptionellen Ansätze eine Vielzahl von Ideen enthalten, um neue Bereiche des Ehrenamtes zu erschließen.

Trotz der durch die Koordinatoren/innen als arbeitsintensiv geschilderten Umsetzung stellte die Teilnahme der Landkreise am E&C-Programm eine willkommene Chance dar, in das Thema Ehrenamt „einzusteigen" und gleichzeitig den Gemeinden ein konkretes Angebot unterbreiten zu können. In dieser Größenordnung konnte ehrenamtliche Tätigkeit bisher auf Landkreisebene nicht gefördert werden. Darüber hinaus gelang auch der Kontakt zu „vorher unbekannten" Jugendgruppen und -initiativen.

Über die im Rahmen des Programms geförderten Praxisprojekte konnten vorhandene Ressourcen in den ausgewählten strukturschwachen ländlichen Regionen und insbesondere in den „weißen Flecken" mobilisiert und ressourcenschaffende Strukturen aufgebaut werden. Die Arbeit der Ehrenamtlichen wurde im Rahmen des Programms qualifiziert und gewürdigt. Gleichzeitig wurden Impulse für deren Weiterentwicklung gesetzt. Schon nach der Konzeptionierungsphase wurde eine allgemeine Sensibilisierung für das Thema Ehrenamt und allgemein eine positive Bewegung im Bereich des ehrenamtlichen Engagements erreicht sowie der Blick stärker als bisher auf die Interessen der Kinder und Jugendlichen gelenkt.

Die meisten Koordinatoren/innen trugen für die Organisation und das Erledigen aller notwendigen Aufgaben von der Konzepterarbeitung, über die Außenpräsentation und amtsinternen Anlauf-/Vermittlungsstelle bis hin zur Projektbegleitung vor Ort die Hauptverantwortung. Sie wurden dabei von Kooperationspartnern, vor allem bei der Projektbegleitung (z.B. durch die Jugendpfleger/innen) unterstützt. Die Koordinatoren/innen nahmen also eine Schlüsselfunktion bei der Programmimplementierung ein.

---

1) Die im Folgenden dargestellten Ergebnisse beruhen auf dem gleichnamigen Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung, der Ende März 2004 als pdf-Datei auf den DJI-Seiten abrufbar sein wird: www.dji.de.

2) Angebot der Stiftung SPI, Regiestelle des Programms E&C: „Soziale Arbeit als Koproduktion / Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten", Berlin, Januar/Februar 2000, S. 27.